

"Die Regierung Ostdeutschlands" in Le Monde (6. Oktober 1949)

Legende: In einem Kommentar zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) erläutert die französische Tageszeitung Le Monde am 6. Oktober 1949 die Regierungsstrukturen des neuen Staates und stellt die Frage nach der politischen Zukunft des Landes.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Beuve-Méry, Hubert. 06.10.1949, n° 1461; 6e année. Paris: Le Monde. "Le Gouvernement de l'Allemagne orientale", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_regierung_ostdeutschlands_in_le_monde_6_oktober_1949-de-52f9592f-517c-427f-ae69-5bf66dc4221c.html



Publication date: 05/07/2016

Die Regierung Ostdeutschlands

Die Bildung einer Regierung von Ostdeutschland als Gegenstück zur Bonner Regierung hatte sich seit langem angekündigt. Die Tatsache, dass sie erst Ende dieser Woche gebildet wird, ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass die Sowjets die Initiative den Westdeutschen überlassen wollten, um sie für die Teilung Deutschlands verantwortlich zu machen.

Die neue Regierung mit Sitz in Berlin wird nicht wie die von Westdeutschland aus freien Wahlen hervorgehen: Sie wird nach den Regeln der „Volksdemokratie“ gebildet werden, d. h. mit von Moskau ausgewählten Statisten. Der Volkskongress und der Volksrat werden die Grundlage dieser Konstruktion bilden. Der erste setzt sich aus Funktionären, Delegierten der Parteien der sowjetischen Zone, Delegierten von Massenorganisationen wie die der Bauern oder der Jugendverbände zusammen. Der Volksrat mit seinen vierhundert Mitgliedern ist das Exekutivorgan des Kongresses. Er hat eine Verfassung ausgearbeitet, die an die von Weimar erinnert; er soll am Freitag die Geburtsstunde des ostdeutschen Staates verkünden, und er wird bis zu den Wahlen die Aufgaben eines Parlaments ausüben.

Natürlich wird die Sozialistische Einheitspartei als Instrument der Militärregierung das Sagen in dem neuen Staat haben. Nicht Ulbricht, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, sondern Grotewohl, der Ministerpräsident werden soll, gilt als der einflussreichste Mann. Er kommt aus der Sozialdemokratischen Partei und ist daher als Mitvorsitzender der Einheitspartei gewählt worden, während Pieck das kommunistische Element vertritt. Pieck ist schon sehr alt und scheint für die Regierung nicht in Frage zu kommen. Möglicherweise wird jedoch Wert darauf gelegt, einen Sozialdemokraten an die Spitze der Regierung zu stellen, um in gewissem Maße die kommunistische Färbung seiner Führung zu vertuschen.

Die Einbindung von Christdemokraten und Liberalen soll ebenfalls dazu beitragen. Ein Christdemokrat, Dertinger, wird mit den inneren Angelegenheiten betraut werden; ein Liberaler, Kastner, soll Ministerpräsident werden. Da diese beiden Parteien bei den letzten Wahlen in der Sowjetzone den Sieg davontrugen, machen sich ihre beiden Vorsitzenden nun anscheinend Illusionen über die Rolle, die sie in dem neuen Staat spielen werden. Sie müssen sich nur die jüngste Geschichte der „Volksdemokratien“ in Erinnerung rufen, um sich darüber klar zu werden, dass man sie schnell ausschalten wird.

Die Regierung im Osten erhebt den Anspruch, die Regierung von ganz Deutschland zu sein, wobei die Bonner Regierung für nichtig, illegal und ohne Unterstützung im Volk erklärt wird. Um diesen Anspruch zu rechtfertigen, sind einige Mitglieder des Volksrates im Westen gewählt worden. Dieses Manöver wird jedoch niemanden täuschen. Westdeutschland, das zwei Drittel von Deutschland ausmacht und dessen Regierung in einem demokratischen Verfahren gebildet wurde, kann die Regierung einer Minderheit, die von Marionetten aus Moskau geführt wird, nicht ernst nehmen.

Zwar wird das bevorstehende Ereignis die Teilung Deutschlands endgültig bestätigen, es lässt sich jedoch auch sagen, dass die beiden deutschen Staaten zwei unterschiedliche und gegensätzliche Ausgangspunkte darstellen, um wieder zu einer Einheit zu gelangen. Die Bonner Republik wird versuchen, Ostdeutschland zu annektieren, während die Berliner Regierung sich gleichzeitig bemühen wird, die westliche Regierung in die sowjetische Umlaufbahn zu ziehen.

Dieser letzte Versuch hat wenig Chancen, mit friedlichen Mitteln zu gelingen: Im gleichen Maße, wie das totalitäre Regime sich im Osten behaupten wird und Ostdeutschland sich zu den Satellitenstaaten von Moskau gesellen wird, wird sich Westdeutschland von ihm abwenden. In dieser Situation wird die UdSSR auf den Friedensvertrag und den Rückzug setzen. Sie kann es sich erlauben, die Truppen abzuziehen, wenn eine Militärpolizei von 500 000 Mann unter dem Kommando der Kommunistischen Partei in Berlin, Magdeburg und Dresden regiert. Diese Polizei würde unverzüglich in den Westen vorrücken, sollten die westlichen Alliierten abziehen.

Letztere müssen sich von nun an auf diesen kritischen Moment vorbereiten, der sich nächstes Jahr ereignen könnte. Ein Friedensvertrag und Truppenrückzug wären trotz allem demagogische Gesten, die die Deutschen ganz bestimmt beeindruckt würden. Dem muss vorgebeugt werden.